

Unser Blick auf Schule: Qualität für alle!



**Bildungspolitische Leitlinien
Landesarbeitsgemeinschaft Bildung
Bündnis 90/Die Grünen Berlin**

Inhaltsverzeichnis

1. Hohe Erwartungen an Schule.....	3
2. Behutsame Veränderungen, gute Begleitung und viel eigener Spielraum.....	5
3. Bildung und Schule vom Kind denken.....	8
3.1. Mehr Leistung gerade bei den Schwächsten.....	9
4. Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen.....	12
5. Lehrer*innenarbeit im TeamSchule.....	14
6. Berlin ist strukturell auf gutem Weg, aber Probleme bleiben.....	16
6.1. Oberstufen.....	19
6.2. Gymnasien in Berlin.....	21
6.3. Berufliche Bildung und Allgemeinbildung unter einem Dach.....	23
6.4. Es braucht viele(s), um eine Problemschule zu drehen.....	25
7. Unsere Antwort: Qualität für alle!.....	27
7.1. Die selbstverantwortete Schule.....	28
7.2. Das Gebäude als Dritter Pädagoge.....	29
7.3. Entwicklung inklusiver Schulen.....	29
7.4. Schule bunt und mehrsprachig.....	31
7.5. Lehren und Lernen im digitalen Zeitalter.....	32
7.6. Qualität entwickeln, unterstützen, sichern.....	35
7.7. Abschluss und Anschluss.....	38

Vorwort

Die LAG Bildung von Bündnis 90/Die Grünen in Berlin begleitet seit Jahren die Berliner Bildungspolitik und hat dabei verschiedene Positionen entwickelt, die das vorliegende Papier in Umrissen beschreiben soll. Es reflektiert dabei auch die vielen aktuellen Probleme der Berliner Schule, hat darin aber nicht seinen Bezugspunkt, sondern entwickelt Leitlinien für gute wie schlechte Zeiten.

Entsprechend der Themenstellung der LAG beschränkt es sich weitgehend auf Stellungnahmen und Perspektiven für die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen und die Schulen der beruflichen Bildung in Berlin.

Das Papier erhebt nicht den Anspruch, alle Fragen der Berliner Schulpolitik umfassend anzusprechen. Da sich Schule und Gesellschaft in steter Veränderung befinden, ist sein Inhalt auch nicht als endgültig zu betrachten, sondern muss einem fortgesetzten Prozess der Anpassung und Weiterentwicklung unterliegen. Wir verstehen es als Einladung zum Gespräch.



Stefanie Remlinger, Sprecherin der LAG Bildung



Karsten-Dirk Gloger, Sprecher der LAG Bildung



1. Hohe Erwartungen an Schule

Wir Grüne stellen, wie viele in der Gesellschaft, hohe Anforderungen und Erwartungen an unsere Schulen und die dort Tätigen. Dies nicht nur, weil die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands als rohstoffarmes Land stark davon abhängt, ob es sich nachhaltig als Hochtechnologiestandort etabliert, sondern weil Bildung für uns ein Menschenrecht ist und grundlegend für eine stabile demokratische Entwicklung des Landes.

Als emanzipatorisch denkende Partei streben wir dabei nichts weniger an, als allen Kindern und Menschen, die in diesem Land leben, innerhalb der Bildungs- und Wissens-gesellschaft den Weg zu einem guten, selbstbestimmten Leben zu eröffnen. Gerade weil Bildung dazu viel beitragen kann, ist sie für uns so ein wichtiges Thema.

Schulen geraten in gesellschaftspolitischen Debatten um den Wert von Bildung jedoch sehr schnell zur Projektionsfläche für einen Ort, an dem alle gesellschaftlichen Probleme gelöst werden sollen. Als könne Schule einfach so den neuen Menschen produzieren, der nicht nur den gegenwärtigen, sondern auch den zukünftigen Anforderungen und Wünschen gerecht wird und uns in die schöne neue Welt katapultiert. Das ist eine heillose Überforderung der Schulen. Sie ist nur insofern zu verstehen, als Schulen in unserer hoch individualisierten, lebens- und arbeitsteiligen Gesellschaft eine der wenigen Institutionen sind, die alle Kinder durchlaufen und wo sie somit auch ein Stück weit zu erreichen sind – beispielsweise auch für Maßnahmen der Gesundheitsförderung, der Verbraucherbildung, der ökologischen Bildung, der ...

Diese Eigenschaft ist in den letzten Jahrzehnten immer mehr in den Vordergrund gerückt, je stärker sich die Gesellschaft, etwa in ihren Familienstrukturen, verändert hat. Wo das Zusammenleben mehrerer Generationen unter einem Dach zur Seltenheit geworden ist, wo in vielen Familien beide Eltern arbeiten oder alleinerziehend sind, andere ihre Familie nicht zusammenführen dürfen, wo Stress und Hektik Alltag sind und alltägliches soziales Zusammenleben nur allzu oft zu kurz kommt, da drängt sich der Erziehungsauftrag an Schule immer mehr

nach vorn. Gleichzeitig wird das gesellschaftliche Zusammenleben bunter, vielfältiger in Lebensstilen, Sprachen, Weltanschauungen, Religionen und (sexuellen) Orientierungen. Die digitale Entwicklung öffnet neue Arbeits- und Kommunikationswege.

Auf all diesen Ebenen muss das Zusammenleben neu arrangiert, demokratisch verhandelt und eingeübt werden. Für diese Aufgabenstellung wollen wir die Berliner Schule besser ausrüsten als bisher und dabei neue Wege beschreiten. In Modellversuchen wollen wir z.B. ausprobieren lassen, wie auch Schulen in die Funktion von Familienzentren wachsen können, wie wir sie schon im Kitabereich kennen. Für uns ist außerdem die Demokratiepädagogik und -erziehung wichtig. Wir wollen, dass die Kinder und Jugendlichen Verantwortung übernehmen können und wollen, nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Gemeinschaft und die Umwelt. Starke, eigenständige Persönlichkeiten zu entwickeln darf nicht in Egoismus, Konkurrenzdenken und Verantwortungslosigkeit umschlagen. Empathie und Solidarität stellen sich nicht von selbst ein. Demokratische Streitkultur muss – auch in der Schule – eingeübt werden.

Dazu gehört eine Schul- und Bildungskultur, in der echte Partizipation und gemeinschaftliche Interessenvertretung, gegenseitige Wertschätzung und eigene Gestaltungsmöglichkeiten zum Alltag gehören. Und zwar auf allen Ebenen, angefangen bei den Schüler*innen selbst, und vom einzelnen Klassenzimmer bis hinauf in die Senatsverwaltung. Denn Lehrkräfte und Erzieher*innen, die dies nicht am eigenen Leib erfahren, werden die Freude an der Demokratie auch nicht an ihre SchülerInnen weitergeben. Unterschiede zu ertragen und in Konfliktsituationen angemessen und selbstbewusst zu agieren – das wird nicht nur wegen der derzeit erstarkenden, rechtspopulistischen Abschottungs- und Ausgrenzungsbestrebungen immer wichtiger.

All dies gilt für Berlin als Metropole und Hauptstadt in besonderem Maße. Berlin spiegelt eine Welt wider, die sich dauernd und derzeit wieder besonders schnell verändert. Berlin wächst, Berlin driftet immer weiter auseinander – sozial, kulturell, räumlich.

Ablesen lässt sich dies tatsächlich nicht zuletzt an unseren Schulen. So gibt es in Berlin derzeit 44 Schulen, an denen über 80 Prozent der Kinder aus Familien stammen, die Transfermittel beziehen. Allein 18 davon

befinden sich in Neukölln, 14 im Bezirk Mitte und sechs in Friedrichshain-Kreuzberg. In Neukölln liegt dieser sogenannte Imb-Faktor (Imb = Lernmittelbefreiung) an der Hälfte aller Grundschulen über 70 Prozent. Diese Zahlen könnten und müssten noch genauer beschrieben werden. Sie deuten aber auch so an, wie ungleich die Voraussetzungen, die Chancen und Ressourcen in der Stadt verteilt sind. Hier liegen die Hauptursachen für die sozialen Ungleichheiten, auch im Bildungsbereich.

Keine Schule, keine Schulart kann all diese Unterschiede einfach vergessen machen. Schulen dürfen nicht mit der Erwartung überfrachtet werden, DAS große Reparatursystem unserer Gesellschaft zu sein. Wir als Bündnisgrüne treten für eine organische Schulentwicklung aller Schulen aller Schularten ein und wollen unsere Schulen und die Teams in den Schulen stärken, ihre Arbeits- und Rahmenbedingungen verbessern und sie in ein Unterstützungsnetzwerk einbetten, damit alle Schulen es schaffen können, die Auswirkungen der sozialen Ungleichheiten möglichst stark zu verringern und jedes Kind bestmöglich zu fördern.



2. Behutsame Veränderungen, gute Begleitung und viel eigener Spielraum

Von der bestmöglichen Förderung aller Kinder und Jugendlichen sind wir im Moment in Berlin weit entfernt. So weit wie von guten Arbeitsbedingungen und guter Ausstattung. Wir haben es in Berlin nach langen Jahren des harten Sparens und zu spätem Umsteuern mit einem dramatischen Lehrkräftemangel insbesondere in den so wichtigen Grundschulen zu tun. Gleichzeitig sind sehr viele Schulgebäude in beklagenswertem Zustand. Die Schulplatzknappheit nimmt aufgrund des rapiden Bevölkerungsanstiegs immer mehr zu. Schon jetzt sind in vielen Klassen viel mehr Kinder als eigentlich vorgesehen, und sie müssen auch in den Mensen und auf den Schulhöfen immer weiter zusammenrücken, besonders wo Ergänzungsbauten errichtet werden. Auch wenn die rot-rot-grüne Koalition mit Regierungsantritt sofort entschlossen um- und gegengesteuert hat, werden die Belastungen noch einige Zeit weiter zunehmen.

Es ist verständlich, dass sich unter diesen Umständen an vielen Schulen Erschöpfung breit zu machen droht. Die gute Arbeit vieler Schulen haben wir dem Herzblut und dem bewundernswerten Engagement der Pädagog*innen vor Ort zu verdanken, die einfach weiter für die Sache, für ihre Aufgabe, also für die Kinder und Jugendlichen brennen und immer noch Freude in ihrem Beruf finden, wo sie sie beim Lernen und Wachsen begleiten können.

Wir schulden es diesen Kollegien, dass auch der politische Stil sich wandelt. Weder Wegschauen, noch Verbergen, noch Maulkörbe helfen irgendjemandem. Das soll ersetzt werden durch Erkennen, Anerkennen, Ansprechen und Ändern. Wo eine Schule nicht funktioniert, reicht es nicht, auf die Schulleitung oder das sonstige Personal zu zeigen. Wir brauchen eine gute Fehlerkultur, eine Kultur der Offenheit, Probleme angstfrei anzusprechen. Dazu muss etabliert werden, dass sich die Beteiligten bei Problemen an einen Tisch setzen, fair miteinander umgehen und gemeinsam nach Lösungen suchen.

Dazu gehört auch die Einsicht, dass wir eine hartnäckige Politik der kleinen Schritte brauchen, die das Ringen um einen großen Wurf ablöst. Getreu unserer basisdemokratischen Grundausrichtung stehen wir dafür, dass sich Reformen nicht allein von oben und gegen den Willen der Betroffenen verordnen lassen. Schulentwicklung braucht keine „mutige Politik“, sondern eine zuverlässige. Deshalb finden sich in diesem Papier auch keine der bekannten griffigen Forderungsformeln wie „Eine Schule für alle“, die immer in der Gefahr stehen, als Allheilmittel missverstanden zu werden und Forderungen sind, die ein abstraktes System und nicht diejenigen im Blick haben, die tagtäglich Schule machen.

Unser Ziel bleibt aber die inklusive Schule, eine Schule, die nicht nur jedem Kind optimale Bedingungen zum Lernen bietet, sondern auch als gesellschaftliche Institution den sozialen Zusammenhalt fördert. Dies wird durch eine möglichst lange gemeinsame Erziehung unterstützt.

Paul-und-Charlotte-Kniese-Gemeinschaftsschule, Lichtenberg

Förderzentren (ehemals „Sonderschulen“) gelten für viele als Hort der Exklusion. Wie kann es da sein, dass solch ein Förderzentrum eine inklusive Gemeinschaftsschule ist? In Berlin zeigt die **Paul-und-Charlotte-Kniese-Schule** seit 2005 das und wie es geht.

An der Schule haben 40 Prozent der 580 Schüler*innen einen Förderstatus und können sowohl mit dem MSA (**Mittlerer Schulabschluss**) abschließen als auch seit 2018 die **gymnasiale Oberstufe** besuchen. Sie wird gemeinsam mit einer benachbarten Schule organisiert. Dafür sorgen die inzwischen 102 Beschäftigten aller Professionen.

Die Senatsbildungsverwaltung war zunächst wenig begeistert: »Die haben gesagt, dass das eigentlich nicht geht, aus einem Förderzentrum eine Gemeinschaftsschule zu machen. Wir hatten zwar die Klassen 1 bis 10 im Förderzentrum, aber die waren ja teilweise sehr viel kleiner. Es musste also auch umgebaut werden. Und letztendlich war das ja dann auch eine um-gekehrte Integration. Außerdem mussten wir erklären, warum nicht immer alle Schüler*innen gemeinsam unterrichtet werden können. Aber unsere schwerkranken Schüler*innen können den Regelunterricht nicht einfach so mitmachen. Für sie ist es schon toll, dass sie nicht in einer besonderen Schule unterrichtet werden, sondern hier in eine normale Schule gehen, auch wenn sie gesondert unterrichtet werden, denn sie nehmen am Schulleben teil und haben vielfältige Kontakte zu den anderen«, erklärt die Schulleiterin. (<http://www.kniese-schule-berlin.de/startseite.html>)

[Quelle: Uli Meul in der berliner bildungszeitung (bbz)]

Veränderungen sind nur Schritt für Schritt und mit den Menschen – den Kindern, den Familien und mit den Pädagog*innen – gemeinsam möglich. Das hat gerade die Berliner Begleitstudie zu den von uns favorisierten Gemeinschaftsschulen deutlich gezeigt. Denn nicht die Politiker*innen stehen im Klassenraum, sondern die Pädagog*innen. Die Politik hat mühsam gelernt, dass die jeweilige Lehrkraft nur die Methode optimal unterrichten kann, die sie gelernt hat und für gut hält. Und dass Eltern es nicht zulassen, wenn man sie zu etwas zwingen bzw. mit ihren Kindern „experimentieren“ will. Eher wechseln sie den Wohnort oder finden sonstige Wege dem Zwang auszuweichen.

Wir Grüne wollen deshalb die Rahmenbedingungen schaffen, in denen die Beschäftigten gut und gerne arbeiten können und die Familien ihre Kinder gut aufgehoben wissen. Wir beschreiten einen Weg mit behutsamen Veränderungen, guter Begleitung und viel eigenem Spielraum für die Akteure vor Ort – für den bestmöglichen Bildungserfolg aller Kinder und Jugendlichen in allen Schulen aller Schularten.



3. Bildung und Schule vom Kind denken

Das Kind steht für uns im Mittelpunkt – jedes Kind, jede*r Jugendliche. Sie sind mit Würde behaftet und verdienen Respekt, völlig unabhängig von ihrer bunten Unterschiedlichkeit und der Tatsache, dass sie verschiedene Wege brauchen und verschiedene Wege gehen werden. Wir brauchen gerade diese Verschiedenheiten, die unterschiedlichen Stärken, Rollen und Berufswünsche.

Diese Wege dürfen auch Umwege beinhalten – niemand weiß schon mit fünfzehn genau, was er oder sie sein Leben lang machen will. Wir geben dabei niemand verloren, zu keinem Zeitpunkt. Jede*r hat mehr als eine Chance verdient, und jede*r kann immer noch dazu lernen. Das trauen wir allen Kindern und Jugendlichen, das trauen wir allen Menschen zu.

Trotzdem wissen wir gerade durch den Blick auf die Kinder und Jugendlichen und die Stadien ihrer Entwicklung, wie viel leichter Vieles zu schaffen ist, wenn man früh genug anfängt. Deshalb liegt ein Fokus unserer Bildungspolitik auf der frühkindlichen Bildung vor bzw. im Kita- und Grundschulalter, wie wir es in unserem Kita-Beschluss im April 2018 formuliert haben. Kleine Kinder sind wissbegierig und erforschen ihre Umwelt, zu Hause, in der Kita und später in der Schule. Diese Wissbegier gilt es zu erhalten. Kitas sind Bildungseinrichtungen. Sie eröffnen Kindern Chancen, wenn wir sie als Bildungsorte verstehen, in denen Kinder spielerisch lernen. Gerade bei kleinen Kindern funktioniert Bildung über Bindung, daher brauchen wir kleine Kitagruppen, gut ausgebildete Erzieher*innen und einen guten Übergang der Kinder von der Kita in die Schule.

Wir sehen aber: Unsere kleinen Berliner*innen starten mit sehr unterschiedlichen Bedingungen in die große Welt. Viele Kinder sind schon vor Beginn der Grundschule stark benachteiligt. Kinderarmut, Bildungsarmut, Anreigungsarmut – diese Begriffe beschreiben zentrale Herausforderungen bei der Erreichung von Chancengerechtigkeit. Eine Studie der Uni Bochum hat auf Basis von 5000 Eingangsuntersuchungen bundesweit den Zusammenhang belegt: Arme Kinder sind bei der Einschulung häufig auffällig bei der Hand-Augen- und Körperkoordination. Sich zu konzentrieren, fällt ihnen besonders schwer, ihre sprachliche

Ausdrucksfähigkeit ist eingeschränkt, das Zählen und Lesen ist oftmals nicht einmal in grundlegendsten Vor-Erfahrungen angelegt. Schon bei Schuleintritt spüren viele dieser Kinder, wie weit sie hinter anderen zurück sind und fühlen sich überfordert, reagieren frustriert, demotiviert, ziehen sich zurück, verlieren Selbstbewusstsein.

Durch unseren engen Kontakt zu den Praktiker*innen in den Schulen wissen wir, dass der Rückstand bei diesen Kindern nur mit größten Anstrengungen aller Beteiligten und frühestmöglicher Förderung noch aufgeholt oder wenigstens reduziert werden kann. Diese Kinder sind in ganz besonderem Maße auf gute Pädagog*innen, guten Unterricht und ein funktionierendes Unterstützungsnetzwerk angewiesen. Umgekehrt trifft sie Personalmangel doppelt und dreifach hart.



3.1. Mehr Leistung gerade bei den Schwächsten

Wir wollen allen Kindern das „Kind sein“ auch in der Schule ermöglichen – das kreative Spielen genauso wie das freudige Entwickeln all der Kompetenzen, die sie brauchen um nach der Schule ein selbständiges und selbstverantwortliches Leben führen zu können. Das ist viel mehr als der „Schulstoff“, aber ohne die grundlegenden Kompetenzen des Lesens, Schreibens und Rechnens u.a. geht es auch nicht.

Lernen sich zu bewähren, ist für alle der Schlüssel zum Erfolg, für die Starken wie die Schwachen, im Unterricht, auf der Bühne des Schultheaters wie in der Sportmannschaft, beim Filmprojekt wie in der Garten-AG. Wir heben die emanzipatorische Komponente hervor. Leistung soll mit Lernfreude und dem Zutrauen verbunden sein, es zu schaffen.

Die Entfaltung der Leistungsfähigkeit darf nicht das Privileg einiger Weniger sein. Dazu soll die traditionelle, notenbasierte Leistungsbewertung ergänzt werden durch andere, insbesondere kompetenzbasierte Formen der Rückmeldung (Leistungsentwicklungsberichte, verbale Beurteilungen) wie sie zum Beispiel vom Institut für Produktives Lernen entwickelt wurden.

Produktives Lernen

In New York gesehen, in Berlin umgesetzt, in andere Bundesländer und in europäische Staaten weiterverbreitet – das „Produktive Lernen“ ist für die Sekundarstufe die passende Form anders zu lernen als wir es von den Gymnasien und den anderen Oberschulen kennen: raus aus der Klasse – rein in das Leben. „Bildung durch Unterricht“ wurde geöffnet zu „**Bildung durch Bewährung in Ernstsituationen**“.

In Berlin können Schüler*innen an 23 ISS und Gemeinschaftsschulen das Produktive Lernen in Klasse 9 und 10 wählen. Sie sind drei Monate lang an drei Tagen pro Woche in einer individuell gewählten Praxis tätig: in einer Tischlerei, in einem Gemüsegeschäft, bei einer Zeitung, in einem Krankenhaus, bei Amnesty International, beim Fernsehen oder wo sonst etwas gesellschaftlich "Ernstes" geschieht.

Gemeinsam mit den sie beratenden Pädagog*innen gestalten die Jugendlichen individuelle Curricula auf der Basis ihrer Tätigkeitserfahrungen, die sie an zwei Tagen in der Woche in der Schule vertiefen und systematisieren. Produktives Lernen bietet durch diese Form eine gute **Allgemeinbildung** und zugleich eine individualisierte, praxisbezogene und deshalb äußerst erfolgreiche **Berufsorientierung**.

Weiteres unter: <http://www.iple.de/PL-Wasistdas.htm>

Wir brauchen also eine neue Leistungsorientierung und einen neuen Leistungsbegriff, der auch für die benachteiligten Kinder und Jugendlichen eine Chance bietet, ihre Potentiale zu entwickeln und der zu unserem ganzheitlichen Bildungsbegriff passt, der die Persönlichkeitsentwicklung genauso in den Blick nimmt wie das traditionell schulische Lernen. Wir halten nicht jedes Kind für ein Genie, aber wir trauen jedem viel zu. Das gilt auch für die benachteiligten Kinder und Jugendlichen.

Die neuesten Ergebnisse der IQB-Studie sind besonders im Hinblick auf die Schwächsten in Berlin alarmierend. Es muss nüchtern festgehalten werden, dass sich gerade die Leistungsschwächsten in den letzten fünf Jahren nicht verbessern konnten. Deshalb wollen wir gerade dahin schauen, wo es besonders weh tut; wir wollen die Bedarfe standortgenau ermitteln und ebenso standortgenau begleiten und gezielt unterstützen. Diese Unterstützung, diese stärkere Förderung muss für diese Kinder besonders früh und wesentlich intensiver als bisher einsetzen. Die Sprachförderung – ob mono- oder mehrsprachig – nimmt dabei eine kaum zu überschätzende Rolle ein. Das persönliche, sprachliche Ausdrucksvermögen, das Lesen- & Verstehen-Können ist der zentrale Schlüssel zu fast allem schulischen Lernen und guter Persönlichkeitsentwicklung.

Eine gute Sprachkompetenz ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Abkopplung des Bildungserfolgs vom sozialen Hintergrund.

Wer den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg mindern will, darf deshalb nicht länger hinnehmen, dass Kinder nicht richtig lesen und schreiben, nicht richtig rechnen können. Solange wir hier nicht deutlich in der Qualität vorankommen und gerade in der Grundschule als „kleiner Gemeinschaftsschule“ zeigen, wie hilf- und erfolgreich gemeinsames Lernen ist, werden wir die Skeptiker eines längeren gemeinsamen Lernens nicht überzeugen können. Schulentwicklung ist aber zuallererst Überzeugungsarbeit, sie bedarf unser aller gemeinsamen Unterstützung, auch um der Tendenz entgegenzutreten zu können, bei Problemen die Anforderungen an die Kinder abzusenken anstatt die Ursachen der Probleme anzugehen.

Ein Beispiel dafür, wozu es führen kann, die Probleme auszublenden ist, dass die Jugendlichen, die Schule am nötigsten hätten, sie derzeit am frühesten wieder verlassen. Auch hier brauchen wir neue Ansätze und müssen verhindern, dass nur einfach immer weiter die Erwartungen an diese Jugendlichen nach unten geschraubt werden.

Gerade Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund können ein Lied davon singen, wie sehr auch Unterforderung stressen kann. Wie sehr es demütigt, wenn einem nichts zugetraut wird. Wir wollen gemeinsam mit den Akteuren vor Ort nach Wegen suchen, wie es möglich wird, gerne zu lernen und die mit Leistungsfähigkeit verbundene Leistungsfreude zu fördern. Wir sind dabei davon überzeugt, dass es bei diesen wie bei allen Kindern und Jugendlichen immer auch um ein Lernen mit allen Sinnen, um ein Lernen mit Herz und Verstand, mit Bewegung, in gesundem Körper und mit kulturell-musisch-künstlerischen Alternativen zu Sprache als Ausdrucksmöglichkeiten geht.

Wir haben die Augen der Kinder und Jugendlichen immer da leuchten sehen, wo sie mit viel Eigenbestimmtheit am Werke waren, bei kulturellen, kreativen, forschenden Projekten, bei produktivem Lernen, dualem Lernen, Lernen, das als lebensnah und sinnvoll für die eigene Entwicklung und Interessenklärung empfunden wurde. Da berichten Lehrkräfte erstaunt davon, wie Schüler*innen aus Berufsvorbereitungsklassen den

Abiturient*innen so Manches erklären konnten. Oder auch davon, dass eine Schülerin, die den regulären Unterricht sonst gerne mal schwänzte, trotz schwerer Erkältung am Einsatzort erschienen war. Solche Lernformen wollen wir weiter verstärken und ausbauen. Noch einmal aber sei betont: jede dieser Lernformen stellt auch eine Gelegenheit zur Sprachförderung dar, Sprachförderung durch sprachreichen, sprachanregenden Unterricht – eine Gelegenheit, die genutzt werden soll.



4. Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen

Hohe gesellschaftliche Erwartungen, schneller historischer Wandel, Ansprüche an Inklusion, Förderung der Benachteiligten – die Liste der Herausforderungen ist lang, die wir an all unsere

Schulen stellen. Wir dürfen das nicht länger tun, ohne sie auch in die Lage zu versetzen, diesen Ansprüchen gerecht zu werden.

Für eine bessere Förderung der Kinder brauchen wir multiprofessionelle Teams und Teamarbeit an Schulen. Wie das afrikanische Sprichwort richtig vorgibt: Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen. Deshalb müssen wir davon wegkommen, Schulen nur als von Lehrern und Schüler*innen bevölkerten Orte zu denken und dabei noch zu betonen, was diese Lehrkräfte alles nicht können. Im Extremfall, wie derzeit etwa in Diskussionen um digitale Bildung, wird manchmal sogar infrage gestellt, ob Lehrkräfte überhaupt ausreichend fortbildbar sind, um ihren Aufgaben je gerecht werden zu können. Solche Kritik ist nicht nur unfair und trägt nicht dazu bei, junge Menschen für den Lehrberuf zu interessieren, sie überzieht auch den Anspruch an Fortbildung. Auch fortgebildete Lehrkräfte müssen nicht alles zugleich und gleich gut können. Sie sollen weder Erzieher*innen noch Sozialarbeiter*innen noch Psycholog*innen ersetzen, weder Berufsberater- noch IT-Administrator*innen, weder Künstler-, Musiker- noch Ernährungsberater*innen.

Schule braucht aber all diese Professionen, sie sollten ganz selbstverständlich zum *TeamSchule* an allen Schulen gehören. Dieses Team umfasst noch zwei weitere Gruppen.

Unverzichtbar sind zum einen die, die den ganzen Betrieb als Betrieb am Laufen halten, also die Schul- und Fach(bereichs)leitungen, die Verwaltung/Administration und die Versorgungs-, Technik- und Instandhaltungsabteilung, vor allem in Person der Schulsekretär*innen und Hausmeister*innen. Zum anderen aber gehören zum *TeamSchule* natürlich die Schüler*innen selbst, wie auch ihre Familien.

Das ist die Richtung, in die wir arbeiten, in die wir Schulen entwickeln wollen und mit der wir die Hoffnung auf Entlastung genauso verbinden wie die Hoffnung auf noch mehr bessere Schulen.

Wir halten es für falsch, diese Multiprofessionalisierung von Schule als Entprofessionalisierung, als Entwertung des Lehrerberufs zu diskutieren. Oder auch als Krisensymptom, als Symptom, dass an bestimmten Schulen „etwas nicht stimmt“, wenn sie solch zusätzliches Personal zu Hilfe nehmen.

Das Gegenteil ist aus unserer Sicht der Fall: Die Multiprofessionalität spiegelt die Bedarfe von Schulen in ihrer gesellschaftlich veränderten Rolle wider. Sie bildet all das ab, was wir heute von Schule erwarten. Gleichzeitig wahrt die Multiprofessionalisierung eben gerade den Wert und den Anspruch an die fachliche Qualifikation. Denn auch die oben Genannten, von den Erzieher*innen bis zu den Ernährungsberater*innen – all diese Menschen haben ihren Beruf erlernt, studiert, und sich in jahrelanger Berufspraxis fortgebildet. Multiprofessionalität bedeutet also, dass jede*r Akteur*in an Schule die Tätigkeit ausüben soll, für die er oder sie ausgebildet wurde und die er oder sie am besten kann. Multiprofessionelle Teamarbeit wird allerdings immer auch heißen, sich mit den Aufgaben und Problemen der Kolleg*innen auseinanderzusetzen, von ihnen zu lernen und notfalls auch mal einspringen zu können.

Um dies zu erreichen, möchten wir als ersten Schritt Schulen ermöglichen, vorhandene und nicht besetzte Lehrerstellen für die Beschäftigung anderer Professionen zu nutzen und den Schulen dann für die zusätzlichen Aufgaben auch zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir wissen auch, dass die Berliner Lehrerschaft einen weitergehenden Anspruch auf Entlastung hat, weil anders als bei den sonstigen Beschäftigten des Landes Berlin die im Zuge des Solidarpakts

durchgesetzte Deputatserhöhung bisher nicht rückgängig gemacht wurde. Im Idealfall bedeutet das *TeamSchule* auch, dass sich Diskussionen um die Einführung lauter neuer Fächer beruhigen. Wir wissen längst, dass die Menge des Gelernten nicht direkt mit der Zahl der besuchten Unterrichtsstunden korreliert. Wir haben auch Belege dafür, dass einstündige Fächer insgesamt von begrenztem Lern-Wert sind. Es wird uns beispielsweise sicher nicht gelingen, Schüler*innen allein mit einem einstündigen Schulfach Politik zu guten, mündigen Staatsbürger*innen heranzubilden. Genauso wenig wie ein zweiwöchiges Praktikum alle Fragen der Berufsorientierung beantwortet. Viel mehr Wirkung haben wir von einer funktionierenden Schulkultur und einem bunten *TeamSchule* zu erhoffen, wo Schüler*innen den verschiedensten Professionen ganz natürlich begegnen und über die Schulter schauen können. Und wo das *TeamSchule* auf verschiedensten Ebenen immer wieder zusammenkommt und in demokratischen Verfahren seine Formen der Zusammenarbeit aushandelt.



5. Lehrer*innenarbeit im TeamSchule

Was ist nun die Rolle der Lehrkräfte innerhalb des *TeamSchule*? Wenn Multiprofessionalität bedeutet, dass jede*r die Tätigkeit ausüben soll, für die er oder sie ausgebildet wurde, dann heißt das, dass sie sich stark auf ihr Kerngeschäft, das Kerngeschäft von Schule konzentrieren können: guten Unterricht zu machen. Das bedeutet im Gegenzug zur Entlastung, zu mehr Zeit und großer Eigenständigkeit auch, sich damit zu beschäftigen, was guter Unterricht ist, wie gut der eigene Unterricht schon ist und wie man sich selbst dafür fit hält. Da wir wissen, dass guter Unterricht eher gelingt, wenn es Formen der kollegialen Beratung und der Teamarbeit gibt, bedeutet neue Lehrerarbeit, dass die Lehrer*innen nicht Einzelkämpfer*innen bleiben, sondern darüber nachdenken, mit wem und wie man zusammenarbeiten kann, will und sollte.

Neue Lehrer*innenarbeit heißt also auch arbeiten im Team. In unterschiedlichen Teams, dem Team des Fachbereichs, den Jahrgangsteams u.a. im Team mit den unterschiedlichen anderen Professionen.

Mit allen, mit denen man seine Arbeit teilt und sie aufeinander abstimmt. Sei es, indem jede Lehrkraft nur für einen Teil der Unterrichtseinheiten die Materialien vorbereitet, die dann alle nutzen. Sei es, indem der Unterricht die Erfahrungen aufarbeitet, die in Berufspraktika gemacht wurden. Teamentwicklungen sind auf verschiedensten Ebenen möglich und jede Schule wird unterschiedlich vorgehen. Da die Teamarbeit in vielen Schulen eine starke kulturelle Veränderung und andere als die gewohnten Kompetenzen erfordert, ist es sinnvoll und nötig, den Kollegien Unterstützung anzubieten.

Und solch eine Entwicklung braucht Zeit. Wie eine Schulleiterin einmal sagte, darauf angesprochen, ob sie für ein Podium zum Thema Teamarbeit bereitstünde: „Ja“, sagte sie, „wir haben an meiner Schule die letzten sechs Jahre daran gearbeitet, unsere Teamarbeitsstrukturen aufzubauen. Ich denke, ich könnte zu dem Thema etwas sagen.“ Zeit braucht ein *TeamSchule* und brauchen Lehrkräfte jedoch nicht nur über die Jahre, sondern sie brauchen sie Tag für Tag, Woche für Woche. Zeit für die eigenen Aufgaben und Zeit für die Kolleg*innen, ganz abgesehen von der Zeit für Gespräche mit den Schüler*innen und den Eltern. Alles, was wir von Schule erwarten, braucht seine Zeit. Diese Zeit, *Teamzeit*, wollen wir den Beschäftigten geben.

Im Koalitionsvertrag haben wir mit der Verankerung von Teamzeit für die Grundschulen einen Anfang in diese Richtung gemacht. Weiter zu gehen, heißt jedoch auch, zu einer anderen zeitlichen Bemessung von Lehrerarbeit zu kommen.

Die Bemessung der Arbeitszeit allein anhand der Unterrichtsstunden ist unzureichend, da sie Faktoren wie Korrekturaufwand, Klassenleitung, Elterngespräche usw. außer Acht lässt, die sich abhängig von Gruppengrößen, Fächern und sonstigen Bedingungen ganz unterschiedlich auf die persönliche Belastung von Lehrkräften auswirken.

Koalitionsvertrag: Zeit für Teamarbeit und Schulentwicklung einplanen

Teamarbeit und Kooperationen sind wichtige Elemente einer guten Schule. Die Koalition wird daher ein Konzept zur Unterstützung von Teamarbeit an den Schulen erarbeiten lassen und dabei die Themen Arbeitszeit, Tätigkeitsbeschreibungen und Arbeitsplätze für Lehrkräfte in

Schulen einbeziehen. Zur **Entlastung der Schulen** wird die Koalition Stellen für Verwaltungsleitungen schaffen. Die Unterstützung von **mehr Autonomie** an Schulen über den **Verfügungsfonds** ist erfolgreich. Die Koalition wird den Fonds weiterentwickeln (u.a. für Sachaufgaben öffnen) und umfangreich ausbauen, indem die Koalition den Schulen die Möglichkeit gibt, mehr Mittel für die bauliche Unterhaltung einzusetzen, um einen gezielten und schnellen Einsatz an den Schulen zu erleichtern.

Zur **Förderung der Team-, Schul- und Unterrichtsentwicklung** werden Grundschulen beginnend zum Schuljahr 2017/18 durch einen Stundenpool entlastet. Die Größe des Pools ist abhängig von der Schüler*innenzahl, umfasst jedoch mindestens sechs Stunden für jede Grundschule. Im Rahmen der schulischen Selbstständigkeit und Eigenverantwortung erhalten die weiterführenden Schulen die Möglichkeit, anstelle der Besetzung einer freien Funktionsstelle zusätzliche Anrechnungsstunden zu gewähren.

(https://gruene.berlin/sites/gruene.berlin/files/koavereinbarung_final_161208_0.pdf)

[Quelle: Koalitionsvereinbarung 2016]

Wir wollen stattdessen zu einer kompletten Neukonzeption von Lehrarbeit finden. Dazu wollen wir Partner suchen für eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme und Beschreibung dessen, was unter den geschilderten Bedingungen alles zu Lehrarbeit gehört und wie sie vor Ort konkret gestaltet wird bzw. werden kann. Daraus wollen wir zu einem neuen Modell für die Gesamtarbeitszeit kommen, die das Zählen von Unterrichtsstunden ablöst durch ein realistischeres Anforderungsprofil. Hier machen wir eine Ausnahme vom oben Gesagten: Hier wollen wir den großen Wurf und bitten daher unsere Abgeordnetenhausfraktion, als ersten Schritt dafür ein vorbereitendes Gutachten in Auftrag zu geben!



6. Berlin ist strukturell auf gutem Weg, aber Probleme bleiben

Knapp acht Jahre nach der Schulstrukturreform kann festgestellt werden: Die Berliner Schule ist strukturell auf einem guten Weg, wenn auch noch lange nicht perfekt. Von uns mit angestoßen hat die große Reform nicht nur die Hauptschule als Schulform abgeschafft, sondern mit den Sekundar- bzw. Gemeinschaftsschulen und den Gymnasien zwei unterschiedliche, aber gleichwertige Schulformen geschaffen. Die Gleichwertigkeit besteht nicht nur auf dem Papier.

Vielmehr zeigt vielleicht am besten das Schulwahlverhalten der Familien, dass die Wahl, auf welche weiterführende Schule man gehen möchte, heute schon vielfach mehr nach der Qualität der einzelnen Schule als nach der nominellen Schulform getroffen wird. Hier gilt es anzusetzen und die Rahmenbedingungen für die Qualitätsentwicklung der Einzelschule in den Blick zu nehmen.

Dabei spielt die Tatsache eine wichtige Rolle, dass alle Schulformen zu allen Bildungsabschlüssen führen, vor allem aber, dass die Kinder, anders als an den 12-jährigen Gymnasien, an Sekundar- und Gemeinschaftsschulen 13 Jahre Zeit haben, das Abitur zu machen, wenn sie dies wollen. Dies ist ein nicht zu unterschätzendes Attraktivitätsmerkmal für viele. Umso ärgerlicher ist es, dass an übernachgefragten Integrierten Sekundarschulen die Aufnahme auf die Schule zu eng an den erreichten Notendurchschnitt in der Grundschule gekoppelt wird. Hier wollen wir eine Änderung und eine mit der früher bei Gesamtschulen üblichen Drittelparität vergleichbare Lösung gerichtsfest im Schulgesetz verankern.

Die Unterscheidungen zwischen den Schularten sind vielfach uneindeutiger geworden, sowohl was ihr qualitatives Profil angeht als auch im Hinblick auf die soziale Zusammensetzung ihrer Schüler*innenschaft: Hochprofilierten Sekundar- und Gemeinschaftsschulen stehen Gymnasien gegenüber, die durchaus als Schulen in schwieriger Lage bezeichnet werden dürfen. So haben etwa das Robert-Koch- und das Hermann-Hesse-Gymnasium in Friedrichshain-Kreuzberg, das Diesterweg-Gymnasium in Mitte oder das Ernst-Abbe und das Albert-Schweitzer-Gymnasium in Neukölln mehr Schüler*innen aus Familien mit Transfermittelbezug als die meisten Sekundarschulen ihres Bezirks.

Ernst-Abbe-Gymnasium Neukölln

In der allgemeinen Wahrnehmung gilt die Neuköllner **Sonnenallee** als die arabischste Straße Berlins. Hier, nicht unweit vom Hermannplatz, steht eine der traditionsreichsten Neuköllner Schulen. In der Weimarer Zeit war es die Karl-Marx-Reformschule, nach dem Krieg wurde das heutige Ernst-Abbe-Gymnasium daraus. Die Umwandlung des klassischen Berliner Arbeiterbezirks Neukölln in ein Zentrum der Migration kann man gut an dieser Schule erkennen, deren Schüler*innen aktuell fast vollständig **Einwandererkinder** sind, 60 Prozent davon arabischstämmig. Darüber hinaus sind 70 Prozent der Schüler*innen **lernmittelbefreit** und

Unser Blick auf Schule: Qualität für alle!

Bildungspolitische Leitlinien der LAG Bildung, Bündnis 90/Die Grünen Berlin

30 Prozent haben **keine Gymnasialprognose**. Da riecht man doch förmlich die Problemschule! Aber hinter der wilhelminischen Fassade des Schulgebäudes finden wir eine konzentrierte Lernatmosphäre und ein angenehmes Schulklima – auch wenn am Schuleingang kontrolliert wird, wer reinkommt. Eine gute Schule sollte nicht nur ein attraktives Gebäude haben, sondern muss auch im Inneren einen neuen pädagogischen Geist atmen. Im Zentrum der pädagogischen Bemühungen der Schule steht die **Sprachförderung** in allen Unterrichtsfächern, wie der Schulleiter betont. Wichtig für die Schule sei auch, dass man die meisten Schüler*innen ohne Gymnasialprognose halten könne. Von den 36 Neuaufgenommenen mit Sekundarschulprognose konnten im letzten Schuljahr immerhin 21 bleiben. Was mit daran liege, dass die Schule früh Kontakt zu den abgebenden Grundschulen aufnimmt: „Wir haben sogenannte Brückenkurse, zu denen die Schüler aus den umliegenden Grundschulen zu uns kommen, um uns schon vor dem Wechsel kennenzulernen. Denn das Verlassen der Schule sollte die absolute Ausnahme sein, ist unsere Maxime.“

Schulhomepage: <https://www.ernst-abbe.de/>

[Quelle: Uli Meul in der berliner bildungszeitung (bbz)]

Sozial homogene öffentliche Schulen gibt es in Berlin nicht mehr. Alle Hoffnungen, die auf eine „bessere soziale Mischung“ gesetzt werden, sind weitgehend durch die tatsächlichen Gegebenheiten überholt. Schulen zwangsweise „besser zu durchmischen“, widerspricht außerdem einer emanzipatorischen Bildungspolitik. Auf dem Weg zu strukturellen Veränderungen darf 2018 als das Jahr gefeiert werden, in dem die Gemeinschaftsschulen als Schulform im Schulgesetz verankert werden.

Schulgesetzänderung-Referentenentwurf: Gemeinschaftsschule

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 12. Januar 2017 beschlossen, die vom Regierenden Bürgermeister festgelegten Richtlinien der Regierungspolitik (Drucksache 18/0073) zu billigen. Darin enthalten ist die Festlegung, dass der Senat die Gemeinschaftsschule als schulstufenübergreifende Schulart, die Grund- und Sekundarstufe I und II umfasst, im Schulgesetz verankert und Neugründungen von Gemeinschaftsschulen unterstützt. Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 setzt diesen Beschluss um und verankert die Gemeinschaftsschule im Schulgesetz als eine Schulart, die als schulstufenübergreifender Bildungsgang Grundschule und weiterführende Schule miteinander verbindet. Die bisher in § 17a verankerte Pilotphase der Gemeinschaftsschule wird hierdurch beendet. Die Festlegung der Gemeinschaftsschule als schulstufenübergreifende Schulart ändert nicht das durch die Schulstrukturreform im Jahr 2010 geschaffene Zweisäulenmodell, welches im Bereich der Sekundarstufe I das Gymnasium und die Integrierte Sekundarschule vorsieht. Die Gemeinschaftsschule stärkt die Säule der integrierten Bildungsgänge. Die Gemeinschaftsschulen der Pilotphase sind aus Integrierten Sekundarschulen und aufwachsenden Grundschulen hervorgegangen oder durch Fusion von Grund- und weiterführenden Schulen sowie durch Neugründung entstanden und entwickeln den Ansatz der integrierten Schulen weiter.

[Quelle: Referentenentwurf vom 5.3.2018]

Sie haben damit den ursprünglich parallel zur Schulstrukturreform eingeläuteten Schulversuch erfolgreich bestanden. Die schulgesetzliche Verankerung ist ein wichtiger Meilenstein. Nichts steht nun formal noch der Gründung weiterer Gemeinschaftsschulen entgegen. Dafür bietet außerdem die Schulbauoffensive gute Voraussetzungen. Wir haben uns dafür eingesetzt und in unserer rot-rot-grüne Koalition auch vereinbart, dass die neuen Schulstandorte so gebaut sein müssen, dass Gemeinschaftsschule dort möglich wird (Stichwort Campuslösungen). Die Schulen erhalten eigene Grundstufenleitungen und werden in ihrer Schulentwicklung personell unterstützt, begleitet und auch wissenschaftlich evaluiert. Somit sind wichtige Rahmenbedingungen gegeben, dass Schulen sich auf den Weg machen können, Gemeinschaftsschule zu werden. Wir werden dafür auch gemeinsam mit der organisierten Elternschaft der Gemeinschaftsschulen werben. Für das Engagement dieser Eltern bedanken wir uns sehr, denn niemand kann glaubwürdiger bezeugen, ob bzw. dass die Berliner Gemeinschaftsschulen tatsächlich Schulen sind, die hervorragende Voraussetzungen bieten, chancengerechte Bildung mit optimaler individueller Förderung zu verbinden. Da der Erfolg einer Gemeinschaftsschule mit dem Engagement und der Kompetenz des Kollegiums steht und fällt, wollen wir, dass die Senatschulverwaltung zusammen mit der GEW eine umfassende Werbe- und Fortbildungskampagne starten, um für neue Gemeinschaftsschulen zusätzliche Lehrkräfte zu gewinnen. Dieses Werben für Schulen, die nicht nur auf einen Abschluss, das Abitur, orientieren, ist auch deshalb notwendig, weil ein Besuch des Gymnasiums für sehr viele Eltern – mit oder ohne Migrationshintergrund – das fast selbstverständliche Ziel für ihre Kinder geblieben ist. Es ist daher eine wichtige Aufgabe, den MSA in der Wahrnehmung der Familien als guten Schulabschluss und als zukunftsfesten Zugang zu einer vielfältigen Berufsbildung aufzuwerten.



6.1. Oberstufen

Insofern überraschen die Befunde der wissenschaftlichen Evaluation der Berliner Strukturreform nicht, dass viele, aber nicht alle Schulen, die über keine (erkennbar) eigene gymnasiale Oberstufe verfügen, noch mit fehlender Nachfrage und schlechten Ergebnissen zu kämpfen haben. Die Familien präferieren die

Schulen, die ihnen möglichst lange alle Wege offenhalten.

Ob die Schulen über eine eigene Grundstufe verfügen, macht hingegen keinen gravierenden Unterschied. Vielmehr zeigen gerade diese Schulen, dass die sechsjährige Grundschule als kleine Gemeinschaftsschule zwar breit akzeptiert ist, es jedoch schwierig ist – gerade die bildungsaffinen Familien – länger zu halten, wenn die Perspektive Abitur direkt vor Ort fehlt.

Es gibt für dieses Strukturproblem keine einfache und keine einheitliche Lösung. Eine funktionierende Oberstufe hat Voraussetzungen, die nicht überall gegeben sind. Es wird verschiedene Arten von Kooperations- und Verbundmodellen geben, je nach Standort und umgebender Schullandschaft. Und es wird und kann auch weiter Schulen ohne Oberstufe geben. Eine Reihe von integrierten Schulen zeigt, dass sie mit diesem Weg erfolgreich sind, aber nicht alle. Entscheidend wird die Qualität der jeweiligen Lösungen sein.

Auf ein weiteres Qualitätsproblem weist die genannte Studie deutlich auch hin: An den Schulen ohne Oberstufe spiegeln die Noten oftmals nicht den tatsächlichen Lernstand der Schüler*innen wider, gemessen an den entsprechenden Bildungsstandards. Dies gilt insbesondere auch für die Verleihung des MSA+, der zum Übergang in die gymnasiale Oberstufe berechtigt. Zu befürchten steht, dass den Schüler*innen damit nicht geholfen ist, sondern Probleme nur vertagt sind. Gründe für die Probleme sieht die Studie nicht zuletzt darin begründet, dass die Pädagog*innen an den Schulen ohne eigene Oberstufe meist selbst nicht über Lehrerfahrung in der Sekundarstufe II verfügen. Sie sind deshalb auch nicht ausreichend vertraut mit den dort verlangten, bundesweiten Standards. Spätestens hier also führt die bedauerliche Berliner Tendenz, die Anforderungen herunter zu setzen, um die Schüler*innen (oder die Politik?!) nicht gar zu sehr zu frustrieren bzw. schlecht aussehen zu lassen, in die Sackgasse.

Ein Ausweg aus diesem Dilemma könnte ein innovativer Schulversuch sein. Als ein Ergebnis der sogenannten Brunswicker AG erprobten die Schule am Schillerpark (ISS) und das Lessing-Gymnasium den Weg eines Verbunds mithilfe einer zwischengeschalteten 11. Klasse für diejenigen, die ihr Abitur dann am Lessing-Gymnasium machen wollen. Die enge

Zusammenarbeit, die in dem Schulversuch den Kollegien der beiden Schulen abgefordert ist, führt zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und stellt einen starken Impuls zur Unterrichtsentwicklung innerhalb der Sekundarschule dar – eine Entwicklung, die den Schüler*innen reale Chancen eröffnet, ihren Weg am Lessing Gymnasium tatsächlich erfolgreich weiter gehen zu können.

Das Beispiel zeigt, dass hier eine wichtige Funktion von Gymnasien für die gemeinsame Entwicklung der Schullandschaft in Richtung von mehr Chancengerechtigkeit liegen kann, und insofern begrüßen wir, dass weitere solche Verbundmodelle derzeit im Aufbau sind.

Der weitere Aufbau von Gemeinschaftsschulen und der Ausbau der Modelle für die Oberstufen der Integrierten Schulen sind die beiden strukturellen Aufgaben, die jetzt anzugehen sind.



6.2. Gymnasien in Berlin

Die Zusammenarbeit mit Gymnasien kann den Sekundarschulen ohne Oberstufe also helfen, von den Stärken dieser Schulart zu profitieren und ihren Schüler*innen zu ermöglichen, den Anforderungen der Sekundarstufe II gewachsen zu sein. Zu diesen Stärken gehört etwa der standardbasierte Unterricht, aber auch die größere Erfahrung mit Formen selbst-organisierten Lernens unter ihren Schüler*innen. Umgekehrt stellen wir fest, dass viele Gymnasien von den Konzepten der Sekundarschulen lernen können, eine sehr heterogene Schülerschaft gut zu fördern wie sie in Berlin mit seinen harschen sozialen Realitäten in vielen Bereichen anzutreffen ist.

Allerdings fehlen den Berliner Gymnasien auch die Mittel, sich diesen sozialen Realitäten – der multikulturellen Heterogenität, den unterschiedlichen Voraussetzungen und Benachteiligungen, dem notwendigen Fokus auf die individuelle Persönlichkeitsentwicklung – zu stellen und mehr Durchlässigkeit zu organisieren. Schließlich unterscheidet sich die Ressourcenausstattung der Gymnasien gravierend von der der integrierten Schularten.

Wo einzelne Lehrkräfte 32 Schüler*innen in einer Klasse gegenüber stehen, wo weitestgehend Sozialarbeiter*innen fehlen und Doppel-

steckungen, Teilungsunterricht, Ergänzung durch Erzieher*innen und Ähnliches nicht zur Verfügung stehen; wo ihnen in der Vergangenheit auch keine Aussicht auf zusätzliche Ressourcen durch die Einführung von Ganztagsbetrieb eröffnet wurde, erstaunt es nicht, dass an vielen Gymnasien keine pädagogische Aufbruchstimmung und kein Reformwille vorherrscht.

Alle Schulen haben in den Zeiten von Inklusion und zunehmend heterogener Lerngruppen neue Aufgaben zu erfüllen. Zusätzlich sind die Gymnasien eingespannt in das relativ enge Korsett von KMK-Vorgaben für die Sekundarstufe II sowie dem zeitlichen Druck der auf zwölf Jahre verkürzten Schulzeit. So kann das wünschenswerte Ziel zunehmender Inklusion nur erfüllt werden, wenn die räumlichen und personellen Ressourcen zur Verfügung stehen.

Situationen wie am Primo Levi- oder Eckener-Gymnasium mit Klassenräumen unter 50 Quadratmetern, z.T. unter 40, gibt es leider nicht nur dort. Daher müssen alle Schulen gleichermaßen an Umbau und Erweiterung teilhaben, insbesondere wenn Flächen der öffentlichen Hand zur Verfügung stehen. Nur so kann die Weiterentwicklung des bestehenden Systems gelingen.

Gleichzeitig sind gerade die genannten beiden Gymnasien auch ein Beispiel für eine widersprüchliche Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte. Denn an beiden Standorten sind Nachbargrundstücke frei, die für räumliche Erweiterungen genutzt werden könnten. Im Falle des Eckener Gymnasiums gehört diese Anbaufläche sogar dem Bezirk und ist für schulische Zwecke reserviert. Durch das Verhalten des Bezirksamtes entsteht der Eindruck, dass bei einer Schule wie dem Eckener Gymnasium Reformbereitschaft gar nicht erwünscht ist, indem ihm ein dringend benötigter Anbau (sowie Sanierung und Umbau der Hauptgebäude, samt Veränderung der Raumzuschnitte), und damit eine positive Zukunftsperspektive vorenthalten wird.

Dazu sagen wir klar nein. Wir wissen: Wer nicht unterstützt wird, keine Wertschätzung erfährt und sich in seiner Existenz bedroht fühlt, zieht sich umso weiter zurück, mauert sich ein. Schulentwicklung lässt sich nicht gegen die Schulen, gegen die Pädagog*innen, und Strukturveränderungen auch nicht gegen den Willen der Familien, die sich diese

Schulart wünschen, voranbringen. Zumal niemandem der Wunsch verübelt werden kann, sein eigenes Kind gut aufgehoben wissen zu wollen, an Schulen, die gut funktionieren, den Wert von Bildung hoch halten und gute Zukunftsperspektiven eröffnen. Das Prinzip der Wunsch- und Wahlfreiheit, das im Kita- und Jugendbereich für uns so zentral ist, halten wir auch im Schulbereich hoch. Die Wunsch- und Wahlfreiheit ist uns eine stete Mahnung, keine Nivellierung nach Unten zuzulassen, sondern die Qualitätsentwicklung unserer Schulen voranzutreiben und den Familien so gute Angebote zu machen, dass sie sie gerne annehmen. Durch entsprechende Stärkung der integrierten Schulen wollen wir erreichen, dass immer mehr Jugendliche diesen Weg einschlagen.

Gerade weil wir uns als Grüne aber auch wünschen, dass auch die Gymnasien sich reformieren, weiter entwickeln, durchlässiger werden, inklusiver und stärker im Erziehungsauftrag, müssen wir sie fair behandeln, auch wenn wir Schulen, die nicht nur einen Bildungsgang anbieten, präferieren. Weil wir von keiner einzigen Schule mehr hören wollen, dass Schüler*innen, gerade solche mit Migrationshintergrund, abgewiesen werden, weil sie angeblich vom Milieu her „nicht hier herein passen“; und weil wir glauben, dass auch Gymnasien die Begabungen und Potenziale ihrer Schüler*innen noch nicht voll ausschöpfen – gerade deshalb müssen wir neu und anders mit ihnen umgehen, neu und anders mit ihnen ins Gespräch kommen. Das kann nicht gelingen, wenn sie als homogene und elitäre Schulen, die sich abschotten, bewertet und behandelt werden. Wir müssen sie in ihrer gesamten Heterogenität und vielfältig unterschiedlichen Lage betrachten und mit dem Wunsch, dass jede Schule eine gute Schule sein soll, beraten und unterstützen.



6.3. Berufliche Bildung und Allgemeinbildung unter einem Dach

Die mit Abstand größte Zahl der Jugendlichen unserer Stadt lernt an einem Oberstufenzentrum. Mit dem Abschluss der zehnten Klasse müssen sie sich entscheiden, welchen Beruf sie ergreifen und womit sie später ihren Lebensunterhalt verdienen wollen, und sie bereiten sich auf ihren zukünftigen Platz in unserem Gemeinwesen vor – eine ganz entscheidende Weichenstellung

für die jungen Menschen mit teils lebenslangen Auswirkungen. Jedes Jahr verlassen über 30.000 die Berliner berufsbildenden Schulen mit einem höheren Abschluss und besseren Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Für viele sind diese Einrichtungen die letzte Chance auf eine gute Bildung und somit die Verwirklichung ihrer Ziele. Diese Berufsbildungszentren wollen wir unterstützen, fördern und weiterentwickeln, denn sie fassen in einmaliger Weise vier Bildungssegmente unter einem Dach zusammen: Berufsqualifizierung – Berufsausbildung – Studienqualifizierung und Weiterbildung.

Auf dem Hintergrund dieser einmaligen Breite der Bildungsangebote hatte die Schulstrukturreform richtigerweise die Einrichtung von Oberstufen an Sekundarschulen als Kooperation zwischen Sekundar- bzw. Gemeinschaftsschulen und Oberstufenzentren bzw. beruflichen Schulen gedacht. Das war ein sehr innovativer und guter Schritt, denn damit wurde erstmals die berufliche Bildung als Teil einer gemeinsamen Bildungslandschaft sichtbar und ein durchgängig integrierter Schulweg war möglich. Dies war den Familien bisher aber noch nicht ausreichend vermittelbar. Gute Beispiele wurden zu wenig unterstützt, hervorgehoben oder gar nachgeahmt.

Schließlich gab der Senat dem öffentlichen Druck nach. Mittlerweile zieht sich die Allgemeinbildung bedauerlicherweise aber wieder sehr stark auf sich selbst zurück. Einzig rühmliche Ausnahme: der Verbund zwischen der Wilhelm-von-Humboldt Gemeinschaftsschule und dem Elinor-Ostrom Oberstufenzentrum für Bürowirtschaft. Und fairerweise muss man sagen: gegen die Familien und die Illusion von einem „Abitur für alle“ lässt sich keine Bildungspolitik machen.

Es muss also nach anderen Wegen gesucht werden, die berufliche Bildung gleichwertig neben der Allgemeinbildung zu positionieren. Das wird ein langer Weg, denn der trennende Graben zwischen Allgemeinbildung und beruflicher Bildung ist gerade in Berlin besonders tief, die Wertschätzung von dualer Ausbildung besonders niedrig. Berufliche Bildung ist durchgehend als der Weg konnotiert, den man geht, wenn „sonst nichts“ geht – sprich: kein Abitur erreichbar scheint.

Diese Geringschätzung spüren die Jugendlichen, die dennoch diesen Weg gehen – und fühlen sich entsprechend stigmatisiert.

Um dem entgegenzuwirken, wollen wir die Familien schon ab den Grundschulen gleichberechtigt über berufliche wie akademische Bildungsgänge informieren. Die beruflichen Schulen haben das Ziel, dass niemand die Schule ohne einen Abschluss verlässt. Hier wird die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung täglich praktiziert. Warum sollte schließlich jemand, der alte Sprachen rezitieren kann, gebildeter sein als jemand, der unsere technisch hochentwickelten Geräte warten, ein Fünfgangmenü auf den Tisch zaubern oder eine saubere Betriebsbilanz erstellen kann!

Die Förderung dieses Modells kommt auch dem Wirtschaftsstandort Berlin zugute. Wir wollen die besonderen Formen des „dualen Lernens“ für alle Schüler*innen öffnen. Wir wollen die Oberstufenzentren als Kompetenzzentren für ihr Berufsfeld fachlich weiter stärken, u.a. durch Zusammenarbeit mit Hochschulen und die gemeinsame Entwicklung dualer Studiengänge. Die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Welt soll erhöht werden. Und wir wollen gemeinsam mit den Berufsverbänden und Sozialpartnern daran arbeiten, die duale Ausbildung insgesamt attraktiver zu machen und besser zu bezahlen.



6.4. Es braucht viele(s), um eine Problemschule zu drehen

Das zweite, große verbleibende Problem auch nach der Schulstrukturreform ist, dass es noch zu wenig gute Schulen gibt, vor allem aber zu viele Schulen, die in wirklich schwerer Lage sind, darunter leider auch zu viele Gemeinschaftsschulen. Diese Schulen zeigen auch, dass Schulstrukturen nicht alle Probleme lösen können. Wenn dem so wäre, dürfte es ja auch an den Berliner Grundschulen, unseren kleinen Gemeinschaftsschulen, keine Probleme geben – jedenfalls keine außer Ausstattungsproblemen. Betrachtet man aber die Grundschullandschaft, so wird deutlich, dass dem leider nicht so ist. Die Schuldaten zeigen darüber hinaus, dass die Qualität und der Erfolg von Schulen sehr unterschiedlich sein können, die ähnliche Strukturdaten im Hinblick auf ihre Schüler*innenschaft haben. Es lässt sich also nicht einfach anhand äußerer Strukturdaten verlässlich voraussagen, welche Schulen wirklich in tiefer Bedrängnis sind. Darin steckt eine wichtige Botschaft: Wenn Schulen Probleme haben, liegt es nicht

einfach immer nur an den Kindern!

Wir wollen deshalb mit den Schulen nicht darüber reden, dass sie die falschen Kinder haben und wie wir gute Kinder beimischen könnten – denn damit würden wir die Diskriminierung und Stigmatisierung dieser ohnehin schon benachteiligten Kinder noch verstärken. Nein: Gerade diese Kinder müssen spüren, dass sie die richtigen sind! Dass sie gewollt sind! Wir wollen daher mit den Schulen darüber reden, welche Unterstützung und welche Rahmenbedingungen die Teams der Schulen brauchen, um mit den Kindern zu arbeiten, die sie haben. Denn klar bleibt, dass viele Schulen in so einem schwierigen Umfeld arbeiten, dass gravierende Probleme unausweichlich sind.

Wo aber die Herausforderungen durch das gesamte Umfeld hervorgerufen werden, kann auch nicht von Schulen allein erwartet werden, diese Benachteiligungen wettmachen zu können. Hier ist eher die Stadtentwicklungspolitik gefragt als die Bildungspolitik. Natürlich spielt die Qualität der eigenen Arbeit gerade an diesen Schulen auch eine große Rolle, aber genauso müssen diesen Schulen die existierenden Unterstützungssysteme vollumfänglich zur Verfügung stehen. Schulen können weder den Eltern ihrer Schüler*innen bezahlte Arbeit verschaffen noch dafür sorgen, dass alle Kieze in Berlin sozial gut durchmischt sind. Sie können auch das Jugendamt, die Schulaufsicht und sonstige Behörden nicht von sich aus zu mehr Kooperation und gutem Funktionieren bringen.

Wir als Grüne wollen Schulen in schwierigen Lagen noch stärker unterstützen als bisher. Und wir bekennen uns dazu, noch stärker als bisher in der Ressourcenausstattung zwischen ihnen und anderen Schulen zu differenzieren. Das geht noch über die genannten Unterstützungssysteme und über den oben beschriebenen Einsatz multiprofessioneller Teams hinaus und schließt deutlich reduzierte Gruppengrößen und Stundendeputate der Pädagog*innen ausdrücklich mit ein. Hierbei nehmen wir zudem die gesamte Bildungskette in den Blick, allem voran den frühkindlichen Bereich.

Dafür muss jedoch das Problem noch klarer beschrieben werden. Denn es geht uns hierbei nicht um alle Schulen, die zum Beispiel im Bonusprogramm adressiert sind. Diese Definition wäre viel zu breit. Wir

wollen die Tatsache nicht länger verschweigen, dass es Kollegien gibt, die vor der Resignation stehen im Anblick der riesigen und besonderen Herausforderungen ihres Umfeldes und ihrer Arbeitsbedingungen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es in unserer Stadt Schulen gibt, denen man mit einer öffentlichen Diskussion gar nicht mehr schaden kann. Schulen, über die nur deshalb nicht gesprochen wird, weil es der Politik peinlich sein muss, welche Zustände dort herrschen. Wir wollen, dass da nicht länger weggesehen wird und sind davon überzeugt, dass die Berlinerinnen und Berliner in ihrer übergroßen Mehrheit mit uns der Meinung sind, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Unsere Grundhaltung ist gerade hier: Wir wollen, dass kein Kind verloren geht. Kein einziges.



7. Unsere Antwort: Qualität für alle!

Was bedeutet dies alles, wenn wir auf diese Probleme nicht mit der Strukturforderung „Eine Schule für alle“ antworten können? Was ist dann unsere Antwort? Wir meinen, die richtige Forderung ist: Qualität für alle!

Wie soll das gehen, werden sich viele fragen, zumal sich auch bei der Qualitätsfrage nur mühsam die Erkenntnis durchsetzt, dass die üblichen Forderungen wie „Mehr Personal“ und „Kleinere Klassen“ nicht einfach so alle Probleme lösen.

Über Jahrhunderte hatte sich die Bildungspolitik weitgehend auf die sogenannte Inputsteuerung beschränkt, die Ressourcen, aber auch den zu vermittelnden Stoff von Oben her vorgab. Spätestens seit PISA ist klar, dass weder veränderte Strukturen noch mehr Ressourcen automatisch zu besseren Lernerfolgen führen. Damit begannen ein breiteres Umdenken und eine Suche nach verlässlicheren Steuerungsdaten und Stell-schrauben. Ansätze, die uns BündnisGrüne immer schon bewegten, erhielten nun Rückenwind. Dazu gehört ganz zentral der Gedanke der eigenständigen, selbstverantworteten Schule. Auf diesem Hintergrund trauen wir uns die Antwort: Qualität für alle zu.



7.1. Die selbstverantwortete Schule

Die Idee der selbstverantworteten Schule ist für uns Grüne getragen von der Erkenntnis, dass gute Schulqualität von – je nach Zählung – 40 bis 70 relevanten Einzelfaktoren bestimmt wird.¹ Und dass diese Faktoren und ihr komplexes Zusammenspiel auf verschiedenen Ebenen nur dann gut funktionieren können, wenn es von den Pädagog*innen selbst als sinnvoll verstanden und mit Überzeugung getragen ist. Ja, dass es erst dieses Sich-Aneignen, Für-Sich-Interpretieren von Ansätzen in all den unterschiedlichen Facetten schulischen Lebens ist, das die Kräfte freisetzt, die Potenziale unterschiedlichster Kinder zu heben. Das bedeutet auch, dass es keine hundertprozentigen Patentrezepte gibt, sondern jede Schule ihren eigenen Weg finden darf und soll. Wege, die zu ihrem jeweiligen Standort und ihren Schüler*innen, ihren Familien passen. Mit anderen Worten: Man kann den Mitarbeiter*innen nicht vorschreiben, wofür sie brennen sollen.

Dieser Ansatz ist mit einer Dezentralisierung und Delegation von Entscheidungsbefugnissen an die einzelnen Schulen verbunden. Diese sollen weitgehend freie Hand haben, den Unterricht und den Schulbetrieb (einschließlich Personal) eigenständig zu organisieren, solange sie die gesetzten Bildungsziele erreichen. Daran, dass sie dies schaffen, müssen sie sich messen lassen. Selbstverantwortete Schule ist nicht gleichzusetzen damit, die Schulen völlig allein zu lassen. Vielmehr muss das Maß an Eigenständigkeit immer wieder neu vermessen und ausgehandelt werden und hängt nicht zuletzt auch von der Verantwortungsbereitschaft der Akteur*innen vor Ort ab. Auch bleiben Schulen eingebettet in die Gesamtlandschaft des vom Staat beaufsichtigten und finanzierten Bildungswesens, gerade auch im Hinblick auf Input-faktoren. Diese wiederum sind eng verwoben mit gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Richtungsentscheidungen.

¹ Beispielhaft seien genannt: Pädagogisch-didaktische Entscheidungen im Rahmen der Unterrichtsorganisation (z.B. Kontingent-/Jahresstundentafeln, Projektunterricht, Bildung von Lernbereichen, Epochenunterricht, Wahlpflichtangebote, Leistungsbewertung, Kompetenzraster, Lernstandsberichte, Klassenbildung, Teilungsunterricht), Dienstrechtliche Befugnisse und Personalentwicklung (schulbezogene Einstellungen, Um- und Versetzungen, Aufstockungen, Entfristung, Nebentätigkeit, Beurteilungen, Leistungsprämien, Zulagen, Dienstreisen, Fortbildungen, Honorarverträge), Umgang mit Sachmitteln (Kapitalisierung von Stellen, Einnahmeerzielung etwa durch Vermietungen, Bewirtschaftung der Mittel des Schulträgers,...), und last but not least Fragen der schulinternen Demokratie und Maßnahmen der Qualitätsentwicklung (Verfahren interner Evaluation, Schulleitungsfeedback, Schüler-Lehrer-Feedback, alternative Verfahren zur Lernstandsmessung, Schulprogramme...).



7.2. Das Gebäude als Dritter Pädagoge

So halten wir als Grüne etwa die Qualität der Gebäude und Räume für eine sehr wichtige Frage. Wir haben uns mit dieser Betonung in der Vergangenheit deutlich von den anderen Parteien unterschieden. Für uns ist das Gebäude als Dritter Pädagoge kein oberflächliches Schlagwort. Vielmehr wissen wir um die große Wirkung, die angenehme, ausreichend große, qualitativ und nachhaltig gebaute Umgebungen auf den Schulalltag, auf die Motivation, die Gesundheit, die Arbeitsbereitschaft und auch den Lernerfolg der Schüler*innen haben. Unter Schulen für das 21. Jahrhundert verstehen wir außerdem nicht einen bestimmten neuen Bautyp, sondern standortspezifische Architektur, die bunt und vielfältig ist wie unsere Schüler*innen und unsere Gesellschaft insgesamt. Und schließlich möchten wir auch, dass eine Gesellschaft, die, wie wir Grüne, auch immer die hohe Bedeutung der Bildung hervorhebt, diesen Wert auch in den Schulgebäuden sichtbar und spürbar macht, die wir den Betroffenen zur Verfügung stellen.



7.3. Entwicklung inklusiver Schulen

Ein anderes Beispiel für den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Leitvorstellungen, die gerade auch uns Grünen wichtig sind, und jeder einzelnen Schule ist das Thema Inklusion. Inklusion bedeutet für uns Gleichberechtigung und diskriminierungsfreie Teilhabe aller Menschen – unabhängig von einer Behinderung, Geschlecht, kulturellen und sozialen Hintergründen, ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung, Weltanschauung, Religion, Leistungsfähigkeit, Sprache etc. – in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dies schließt die diskriminierungsfreie Teilhabe an den allgemeinen Bildungsangeboten mit ein. Inklusion bezieht die Themen Behinderung, Armut, Migration, Flucht, Asyl und Gender ein. Spätestens seit der Verabschiedung der UN - Behindertenrechtskonvention geht es beim Thema Inklusion nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie der gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderungen.

Inklusion in Berlin

In Berlin werden mittlerweile 70 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Regelschulen unterrichtet und ein großer Teil der Schulen hat seit nunmehr fast 40 Jahren Erfahrung mit der gemeinsamen Erziehung. Der Wunsch nach gemeinsamer Erziehung nimmt kontinuierlich zu. Zudem steckt Berlin nicht wenig Geld in die Inklusion.

Die Zahl der Lehrkräfte in der Integration ist seit 2012/13 von 1.346 auf 2.091 im Schuljahr 2016/17 gewachsen. Es gibt zwölf regionale und ein überregionales Schulpsychologisches und Inklusionspädagogisches Zentrum (SIBUZ).

Nehmen wir ein Beispiel: Die dritte Klasse einer Grundschule mit einer Frequenz von 25 Schülerinnen und Schülern, davon zwei mit Förderbedarf „Geistige Entwicklung“ und drei mit Förderbedarf „Lernen oder Emotional-Sozial oder Sprache“ erhält 25,5 zusätzliche Lehrerstunden neben den 24 regulären zur Erfüllung der Stundentafel. Es könnten also alle Unterrichtsstunden mit zwei Lehrkräften besetzt werden. Auf Antrag kann die Schule noch für die GE-Schüler*innen Schulhelfer zur ergänzenden Pflege und Hilfe bekommen. Und wenn die Schule Ganztagschule ist, wie fast alle Berliner Schulen, dann haben sie noch Anspruch auf 20 Wochenstunden Unterstützung durch Fachzieher*innen für Integration.

Wenn die Schule eine Schwerpunktschule z.B. für Kinder mit Förderbedarf „Geistige Entwicklung“ wäre, würde sie noch erheblich mehr personelle Unterstützung bekommen. Es ist allerdings die Entscheidung der Schule, wie sie die zusätzlichen Ressourcen einsetzt. Zudem hat sie Mittel aus dem Bonusprogramm und Verfügungsfonds, die ebenfalls genutzt werden können.

Auch Gymnasien machen sich auf den Weg zu inklusiven Schulen. Das wird dauern, aber sie werden sich dem stellen müssen und daran wird auch gearbeitet.

(<https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/inklusion/>)

[Quelle: Sybille Volkholz im grünen Bildungs-Blog]

Die Inklusion ist gleichzeitig ein Paradebeispiel für die oben beschriebene Notwendigkeit des guten Zusammenspiels unterschiedlichster Faktoren und Akteur*innen. Inklusion ist nicht nur organisatorisch, sondern auch auf der pädagogisch-didaktischen Ebene eine enorme Herausforderung an den Status Quo. Sie erfordert Ressourcen, aber auch Bereitschaft zur eigenen Weiterentwicklung von allen Beteiligten. Inklusiv Schule wird man deshalb nicht von heute auf morgen.

Gleichzeitig verweisen wir auf die nunmehr 40jährige Erfahrung der Berliner Schule mit gemeinsamem Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf. Schulen müssen mehr Gelegenheiten bekommen, voneinander zu lernen, z.B. von den „Leuchttürmen oder Mutterklöstern“ der Inklusion wie der Fläming Grundschule, eine

der Vorreiter-Schulen für Inklusion. Wir sind davon überzeugt, dass die Inklusion die Anstrengungen, die sie mit sich bringt, mehr als ausgleicht – nicht nur für die Kinder, die vorher gegen ihren Willen bzw. ohne ihre Zustimmung aus den Regelschulen ausgeschlossen waren.

Sondern für alle Beteiligten. Wir unterschätzen die Anstrengungen und Belastungen dabei nicht. Gerade weil wir die Inklusion als Paradigmenwechsel begreifen, der Schule und Unterricht grundlegend verändern wird. Wir werden daher ein besonderes Augenmerk darauf haben, dass die zur Verfügung stehenden Ressourcen auskömmlich sind und für die Inklusion genutzt werden, damit nicht das ganze Projekt Inklusion in Verruf gerät.



7.4. Schule bunt und mehrsprachig

Wir unterschätzen die Anstrengungen gerade auch deshalb nicht, weil der Begriff für uns Grüne weit über die Frage der sogenannten Behinderungen hinausgeht. Er bezeichnet unser Ideal von Schulen, die allen Kindern in ihrer jeweiligen Unterschiedlichkeit gerecht werden. Diese Unterschiedlichkeit soll gerade nicht als Ansammlung von Behinderungen bzw. Defiziten gesehen werden, sondern als Stärke.

Dies gilt insbesondere für den Bereich hybrider Identitäten und unterschiedlicher Herkunftssprachen. Hier hat das Berliner Bildungssystem noch enormen Nachholbedarf. Die Schulen spiegeln allenfalls in ihrer Schülerschaft wider, wie unsere Gesellschaft zusammengesetzt und aufgebaut ist. Ein Blick auf ein Schulkollegium zeichnet dagegen ein ganz anderes Bild. Menschen mit Migrationshintergrund sind hier meist allenfalls in der Profession der Sozialarbeit vertreten, aber weder Lehrkräfte noch Erzieher*innen sind sehr bunt durchmischte Berufsstände.

Vielen Kindern fehlt damit nicht nur das biographische Vorbild. Insgesamt fehlt interkulturelle und interreligiöse Kompetenz und Offenheit an vielen Schulen und in der Administration. Anders ist nicht zu erklären, dass Berlin beispielsweise keineswegs an der Spitze der (Bundes-) Länder steht, was die Förderung von Zwei- und Mehrsprachigkeit angeht. Wir wollen das schnellstmöglich ändern. Kindern ihre Herkunftssprache zu nehmen, gehört zu den grausamsten Fehlern falsch verstandener Integrationspolitik, ist eine der bittersten Formen von Diskrimi-

nierung. Umgekehrt ist die Förderung von Mehrsprachigkeit vielleicht das positivste Integrationsthema.

Nichts lässt die Familien sich hier in Deutschland mehr zuhause fühlen als die Möglichkeit, neben dem Deutschen auch ihre Herkunftssprache und -traditionen zu leben und es miteinander zu kombinieren. Es mutet beinahe seltsam an, im Sinne von Inklusion immer wieder darauf hinweisen zu müssen, welch große Ressource es ist, möglichst viele Sprachen (möglichst gut) zu können. Dies wiederum nicht nur im Hinblick auf das spätere Berufsleben, sondern ganz konkret als Bildungsressource. Darauf haben Sprachwissenschaftler*innen wie Hirnforscher*innen wiederholt hingewiesen: Mehrsprachigkeit steigert die kognitiven Fähigkeiten.

Deshalb wollen wir den Ausbau der herkunftssprachlichen Angebote zügig und bedarfsgerecht voranbringen, zusammen mit, aber auch über das Angebot an Europaschulen hinaus. Das Problem der doppelten Halbsprachigkeit soll möglichst bald der Vergangenheit angehören. Dabei wollen wir mit den Migrantenselbstorganisationen eng zusammenarbeiten. Unsere Vision ist: das Recht auf Muttersprache. Insgesamt wollen wir mehr Freude an Sprachvielfalt und auch bei Deutsch-Muttersprachler*innen die Lust auf Sprachkenntnisse jenseits der klassischen „Fremdsprachen“ wecken.



7. 5. Lehren und Lernen im digitalen Zeitalter

Schule ist eingebettet in die sie umgebende Gesellschaft und wandelt sich mit ihr, soll und muss sich mit ihr wandeln – dafür gibt es derzeit wohl kein besseres Beispiel als den Bereich der digitalen Revolution, den wir durchleben, und für den sich akut die Frage stellt, was das für die Schulen, für den Unterricht und für konkrete Lernprozesse bedeutet – bis hin zum Verhältnis zwischen Lehrer*- und Schüler*innen. In diesem Zusammenhang stellen sich viele neue Fragen, von der technischen Ausstattung über die Didaktik, neue Inhalte und zusätzliche Kompetenzen, bis hin zu rechtlichen Fragen und der Personalqualifikation. Nicht alle dieser Fragen können bereits jetzt abschließend

beantwortet werden, zumal es ein Merkmal der digitalen Transformationen ist, dass sich die Veränderungszyklen sowohl der Technik als auch der kulturellen Praktiken immer weiter verkürzen.

Berlin hinkt, wie Deutschland insgesamt, im internationalen Vergleich den Entwicklungen deutlich hinterher. Gleichzeitig zeichnen sich mittlerweile ausreichend klare Grundtendenzen ab, die es erlauben, endlich wenigstens die längst notwendigen Pfeiler einzuziehen. Dafür ist es höchste Zeit: Wir können uns nicht länger leisten, nicht zu entscheiden!

Dabei ist klar: ein Tablet macht noch keine digitale Bildung. Der Technikeinsatz ist dem Bildungszweck untergeordnet. Wir verwenden Geräte und Software nicht, weil sie chic sind und Spaß machen, sondern weil sie (möglichst nachgewiesenermaßen) der Kompetenzvermittlung, Motivation oder einer effektiveren Lehrer-Schüler-Eltern-Kommunikation dienen. Außerdem ist digital nicht alles. „Analoge“ Lernmittel und Kommunikationswege wie Bücher, ein guter Vortrag und das persönliche Gespräch behalten ihre Daseinsberechtigung und dürfen nicht einer einseitigen Fixierung auf digitale Techniken zum Opfer fallen.

Es gilt der Grundsatz Konzept vor Technik. Jede Schule sollte, ganz im Sinne der selbstverantworteten Schule, für sich ein Medienkonzept erstellen, bevor es an die Beschaffung der Geräte geht. Wie die Initiative D21 herausgestellt hat, hat ein solches Konzept eine positive Wirkung sogar mehr oder weniger unabhängig davon, wie es konkret ausgestaltet ist. Auch aus den bisherigen Erfahrungen mit der Anschaffung von Technik wissen wir, dass Vieles ungenutzt stehen blieb, weil die konkrete Einbindung in den Unterricht und das schulische Leben nicht ausreichend geklärt und durchdacht bzw. im Kollegium nicht ausreichend rückgekoppelt war.

Wir wollen unsere Schulen aber auch mit all den fachlichen und curricularen Fragen rund um die Herausforderungen der digitalen Revolution nicht allein lassen, sondern den Good-Practice-Austausch fördern, für den notwendigen Kompetenzaufbau sorgen sowie externe Unterstützung bis hin zu professionellem Projektmanagement zur Verfügung stellen, das die notwendigen Umstellungsentscheidungen abwägt, vorbereitet und umsetzen hilft. Rechtliche Fragen rund um

Urheberrechte, Datenschutz und Datensicherheit müssen landesseitig in praktikabler Weise geklärt werden.

Darüber hinaus muss den Schulen aber auch endlich das an technischer Grundausstattung bereitgestellt werden, was sie für ihren Unterricht, ihre interne und externe Kommunikation, für ihr schulisches Leben brauchen. Deshalb wollen wir die Versorgung der Schulen mit IT-Administrator*innen weiter schnell vorantreiben. Schulen müssen mit einer leistungsfähigen Funknetz-Infrastruktur ausgestattet werden. Außerdem benötigen die Schulen Cloud-Speicher als sichere Datei-ablagen, mit denen Schüler*innen und Beschäftigte inner- und außerhalb der Schule arbeiten können.

Die Anzahl an Laptops im Haushalt hat mittlerweile die Zahl der Bücher als zuverlässigen Indikator für Bildungsnähe abgelöst. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass jede Schüler*in ein für die schulische Arbeit geeignetes Endgerät besitzt und damit auf die Cloud und die genutzten Lernprogramme, Apps etc. zugreifen kann. Welche Lernprogramme, welche Apps im Unterricht im Einzelnen genutzt werden, kann man den Schulen selbst überlassen, allerdings kann eine Datenbank mit aktuellen und qualitätsgesicherten digitalen Medien (OER-Plattform) zu der erforderlichen Unterstützung beitragen. Wir empfehlen sehr, in diese Diskussionen und Entscheidungen – und auch in das Thema Fortbildung der Pädagog*innen – die Schüler*innen selbst aktiv mit einzubeziehen – ohne Scheu, dass sie zumindest auf der Anwendungsebene vielleicht gewandter sind...

Die besondere Aufmerksamkeit muss beim Thema Lehren und Lernen im digitalen Zeitalter auf die berufliche Bildung gelegt werden. Die fortschreitende Digitalisierung in der Arbeitswelt stellt im schulischen Bereich der Beruflichen Bildung eine noch größere Herausforderung für unser Bildungssystem dar als im Bereich der Allgemeinbildung, weil berufliche Kompetenzanforderungen tendenziell ansteigen, wobei sich manche Berufsbilder stark wandeln, andere ganz verschwinden und komplett neue entstehen werden. Allerdings sind die geforderten Kompetenzen in den Berufsfeldern unterschiedlich und müssen in vielen Bereichen erst noch identifiziert werden. Wir wollen diese Fragen aber nicht nur an das Bundesinstitut für Berufsbildung delegieren.

Auch in Berlin muss die Debatte gemeinsam mit den Innungen und Fachverbänden, mit den Gewerkschaften und Arbeitgebern, vorangetrieben werden. Um diese notwendigen, fachlichen und strategischen Debatten führen, ordnen und in Handeln übersetzen zu können, muss auch in der Bildungsverwaltung eine Stabstelle eingerichtet werden, die sich strategisch damit auseinandersetzt, wie sich die Berufswelt im Zuge der Digitalisierung verändert und damit auch die Anforderungen an das (Aus-) Bildungssystem andere werden.



7.6. Qualität entwickeln, unterstützen, sichern

So wie bei der digitalen Bildung gilt es überall, den richtigen Ausgleich zwischen zentraler Steuerung bzw.

„Aufsicht“ sowie einheitlichen Vorgaben und dezentralen Entscheidungs- und Gestaltungsspielräumen zu finden. Zu diesem Zusammenspiel gehören die für die einzelnen Schulen verfügbaren Unterstützungssysteme und -institutionen (LISUM, Regionale Fortbildung, Schulentwicklungsberater*innen, Fachcoaches etc.) Hierher gehören außerdem weiche Steuerungsinstrumente wie Zielvereinbarungen und Runde Tische bzw. regelmäßige Schulleiter-Treffen zur Förderung des fachlichen Austauschs und auch die Best-Practice-Wettbewerbe.

Als ein ganz neues Bottom-Up Steuerungsinstrument, ganz im Sinne der eigenständigen Schule, kann man auch das Bonusprogramm betrachten bzw. handhaben: Bei allem Streit um richtig eingesetzte, fehlende bzw. zusätzlich notwendige Ressourcen an unseren Schulen kann man das Bonusprogramm auch als Erprobungsfeld bzw. als Prioritäten-Realitätscheck betrachten. Hat man bisher immer den Schulen Stück für Stück Dinge gegeben (oder auch wieder genommen), empfiehlt sich unter der neuen Perspektive zu schauen, was die Schulen „einkaufen“, wenn sie selbst über ein schuleigenes Budget entscheiden dürfen. Wenn man nun etwa feststellt, dass ein Großteil der Schulen z. B. auf Sozialarbeiter*innen setzt, tun Politik und Verwaltung gut daran, das Thema auf ihre Grundausrüstungsliste zu übernehmen – um dann erneut zu schauen, was sich als nächste Priorität herauskristallisiert. Im besten

Fall wird man als Bildungspolitik von dem, was dabei herauskommt, nicht vollständig überrascht.

Während solch ein Prinzip den Pädagog*innen gefallen dürfte, ist noch eine Reihe von weiteren Instrumenten im Spiel, die weit weniger beliebt und deshalb begründungsbedürftig sind. Die Rede ist von nationalen Bildungsstandards, Ländervergleichen in den Jahrgangsstufen 4 und 9 (VERA), flächendeckenden Vergleichsarbeiten und Schulinspektionen, aber auch von Qualitätsindikatoren wie Schulabbrecherquoten, Fehlzeiten und Prüfungsergebnissen - also Instrumente, mit denen das gemessen werden kann, was Schule erreicht und bewirkt hat (sog. Outputsteuerung). Dabei stellt die externe Schulevaluation (Schulinspektion) ein neues und wichtiges Instrument zur Qualitätsentwicklung dar, das erheblich mehr Potential enthält als bisher sichtbar geworden ist. Dieses lässt sich aber nur darstellen, wenn die erforderlichen Verknüpfungen mit anderen Elementen der Qualitätsentwicklung und -sicherung wie z.B. die erreichten Bildungsabschlüsse planvoll vorgenommen werden.

Eine Gesamtstrategie in diesem Sinne gibt es in Berlin bisher nur in Ansätzen. Ein Schwerpunkt der Qualitätsentwicklung innerhalb der Schulen sollte darin bestehen, intensiv daran zu arbeiten, ihre Selbstevaluationsfähigkeiten auszubauen und die dazu erforderlichen Haltungen bei den Lehrkräften zu entwickeln. Die bisherige Nutzung der vorhandenen Portale für Lehrer-Schüler-Feedback zum Unterricht ist noch viel zu gering. Mit einer Nutzung solcher Verfahren würden die Grundlagen gelegt, eine stärkere Verzahnung von interner und externer Evaluation zu erreichen. Ferner sollte über weitere „weichere“ Verfahren als Ergänzung nachgedacht werden wie beispielsweise Peer Reviews (z.B. „Blick über den Zaun“), die einer Impuls- und Unterstützungsfunktion noch anders gerecht werden können, da sie sich an den Einzelschulen orientieren und bei dem die externen Experten den Schulen konkrete Anregungen geben können.

Blick über den Zaun

...ist ein Verbund reformpädagogisch orientierter Schulen, der seit 1989 besteht, um Schulentwicklung „von unten“ zu betreiben. Ziel des ‚Blick über den Zaun‘ ist es, durch regelmäßige wechselseitige Besuche („peer reviews“), durch Tagungen und Pädagogische Werkstätten dazu beizutragen, dass Schulen im direkten Erfahrungsaustausch voneinander lernen: einander anregen, ermutigen, unterstützen.

Grundlage der gemeinsamen Arbeit sind das Leitbild sowie die Standards, die auf den nebenstehenden Grundüberzeugungen aufbauen. **Elemente des Leitbildes** sind:

- Den Einzelnen gerecht werden – individuelle Förderung und Herausforderung
- „Das andere Lernen“ – erziehender Unterricht, Wissensvermittlung, Bildung
- Schule als Gemeinschaft – Demokratie lernen und leben
- Schule als lernende Institution – Reformen „von innen“ und „von unten“.

Folgende sechs Berliner Schulen gehören zum Schulverbund Blick über den Zaun: Werbellinsee-Grundschule, Schöneberg; Freie Montessori Schule und Kinderhaus, Köpenick; Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule, Mitte. Evangelische (Gemeinschafts)Schule Berlin Mitte, Wilhelm-von-Humboldt-Gemeinschaftsschule, Pankow; Johanna-Eck-ISS, Tempelhof.

[Quelle: <http://www.blickueberdenzaun.de/>]

Eine wesentliche Begründung für den Einsatz dieser Instrumente liegt für uns Grüne in der Suche nach objektiveren Kompetenz- und Lernstandsinformationen als die herkömmlichen Schulnoten. Letztere sind bekanntermaßen durchaus subjektiv, mögen auch nicht nur sinnvolle Dinge in die Bewertung mit einbeziehen, sind aber vor allem nur Rückmeldungen relativ zum Rest der Klasse bzw. Schule.

In Berlin als Stadtstaat und mit seinen so großen sozialen Unterschieden wird krass offenbar, dass ein „Sehr gut“ sehr unterschiedliche Dinge bedeuten kann. Das kann dann den Kindern und Jugendlichen sehr leicht auf die Füße fallen – wenn der Übergang an eine andere Schule nicht klappt, der Bildungsabschluss nicht erreicht oder der Ausbildungsplatz nicht gefunden wird. Nationale Kompetenz- und Bildungsstandards sind hier der verdienstvolle Versuch, Abhilfe zu schaffen dadurch, dass unabhängig vom Stoff und von der Meinung der einzelnen Lehrkraft unterscheidbar wird, was jemand schon kann von dem, was man (mindestens) können sollte.

Die in diesem Zusammenhang entwickelten Maßnahmen zur Qualitätssicherung sind zugleich die angemessene Form der Schulaufsicht für

selbstverantwortliche Schulen, denen man nicht vorschreibt, wie sie vorzugehen haben, sondern die in der Anwendung der Instrumente zur Qualitätssicherung begleitet werden und die sich zur Verbindlichkeit dieser Steuerungsform bekennen und bewusst und selbstkritisch mit den Instrumenten umgehen.



7.7. Abschluss und Anschluss

Diese auf Bildungsstandards und damit auf Vergleichbarkeiten abhebende Form von Qualitätssicherung bzw. der Arbeit der Schulen kommt einem Paradigmenwechsel gleich, weil idealiter eben nicht mehr nur auf Stoff, sondern auf Fähigkeiten und Fertigkeiten, auf Transfers und darauf fokussiert wird, etwas anwenden zu können. Wichtig ist aus bündnisgrüner Sicht, dass sie dadurch den Blick auf die Frage der Anschlussfähigkeit lenken. Das gilt sowohl für Wechsel und Übergänge innerhalb des Schulsystems (innerhalb und außerhalb einzelner Bundesländer) als auch für den erreichten Schulabschluss. Im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag haben wir formuliert: Die Anschluss-orientierung tritt gleichberechtigt neben die Abschlussorientierung. Konkret heißt dies: Kein Kind soll aus der Schule entlassen werden, das nicht über einen qualifizierten Abschluss oder einen geeigneten dokumentierten Anschluss an eine weiterführende Bildungseinrichtung verfügt. Der Satz ist dabei weniger Realitätsbeschreibung als Forderung und Ziel, auf das wir hinarbeiten. Uns geht es darum, dass nicht einfach nur einige Noten auf einem Stück Papier stehen, sondern dass man mit diesem Abschluss auch etwas anfangen kann.

Wenn nun Ziel ist, dass man gut gerüstet ist für den nächsten Schritt, auch weil Andere etwas mit diesen Qualifikationen anfangen können, so ist das nicht zu verwechseln mit einer einseitigen Ausrichtung an ökonomischer Verwertbarkeit – im Gegenteil.

Unser Ziel ist, die Kinder und Jugendlichen in ihrer Individualität anzunehmen und ihre Persönlichkeitsentwicklung so zu befördern, dass sie ihre Stärken und Vorlieben entdecken und die Mittel dazu haben, sie weiter zu verfolgen. Es geht also nicht um Berufsorientierung im enge-

ren Sinne, sondern um die Voraussetzung für ein selbständiges und selbstverantwortliches Leben. Eine Gesellschaft braucht Handwerker*innen, Kaufleute, Jurist*innen und Banker. Aber auch Musiker*innen und Künstler, Erzieher- und Altenpfleger*innen, Sozialarbeiter*innen, Pfarrer*innen, Busfahrer, Umweltingenieur*innen, Ärzte, Fahrradkonstrukteur*innen und vieles, vieles mehr, was Beruf und Berufung sein kann und soll. Blickt man auf den Anschluss, auf das, was nach der Schule kommt, wird niemand mehr einem gleichmacherischen Bild aufsitzen.

Und wenn dieser Blick und diese Anschlussorientierung weiter verinnerlicht werden, wird das zurück in die Schulen hineinwirken. Wo Persönlichkeitsentwicklung und Berufswahlkompetenz zu den sonstigen Lernzielen hinzutreten, wird man fast automatisch zu Formen des dualen, des praktischen, des produktiven, des sozialen und Demokratie-Lernens greifen, des Lernens in Ernstsituationen, des Lernens in Verantwortung. Die Schule wird sich zum Kiez, zur Stadt, zur Gesellschaft hin öffnen. Man wird diese Methoden und Ansätze nicht länger als geeignet nur für die Minderbegabten, Minderbemittelten missverstehen, sondern entdecken, wie sehr es bei jeder und jedem die Lernmotivation befeuert, früh die Lust zu wecken auf die Welt da draußen. Dementsprechend werden wir eine Veränderung der SEK I-Verordnung und der Verordnung zum Dualen Lernen beantragen.

Ja, lernen kann und soll Spaß machen. Es kann bisher noch ungeahnte Potenziale freisetzen. Und hier liegt aus unserer Sicht auch der entscheidende Schlüssel zur Aufwertung der beruflichen Bildung in Richtung Gleichwertigkeit mit der Allgemeinbildung, der Schlüssel zur Überwindung des künstlichen Grabens zwischen diesen Lernformen. Und damit zu der Chance, mit der Botschaft durchzudringen: Es muss nicht jede*r Abitur machen. Es muss nicht jede*r studieren. Zwei Drittel des Fachkräftebedarfs liegen im nicht-akademischen Bereich: „Mach das, was du am besten kannst und am liebsten magst! Wir wollen helfen, dir diesen Weg zu ebnen.“ **Das ist für uns: Qualität für Alle!**

Unser Blick auf Schule: Qualität für alle!

Bildungspolitische Leitlinien der LAG Bildung, Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Herausgegeben und verantwortet i.s.d.P. von der
Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Bildung Bündnis 90/Die Grünen
Kommandantenstraße 80, 10170 Berlin
© 2018